

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 29.08.2019
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:54 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld
Die Sitzung wurde von 19.11 Uhr bis 19.22 Uhr bei Tagesordnungspunkt 14 für eine Besprechung des Ältestenrates unterbrochen.

Anwesend:

Mitglieder

Herr Lothar Seitz
Herr Sahin Cenik
Frau Barbara Eckhardt
Herr Dr. Daniel Faßhauer
Herr Gerhard Finke
Herr Dr. Thomas Hahn
Herr Dr. Thomas Handke bis TOP 16
Herr Dieter Herter
Herr Carsten Lenz
Herr Uwe Seitz
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth
Frau Heike Busse
Herr Andreas Rey
Herr Jan-Ulrich Saal
Frau Silvia Schoenemann
Herr Hartmut Ziehn
Herr Bernd Böhle
Herr Björn Diegel
Herr Rolf Malachowski
Herr Klaus Wächter
Herr Karl-Heinz Hüter
Herr Werner Kubetzko
Herr Hans-Jürgen Schülbe
Herr Bernd Stumpf
Herr Hartmut Sippel
Herr Friedrich-Wilhelm von Baumbach
Herr Armin Leckel
Frau Andrea Zietz
Herr Michael Barth
Herr Jürgen Richter
Herr Jochen Kreissl

Herr Horst Zanger

vom Magistrat

Herr Gunter Grimm

Herr Günter Exner

Frau Antje Fey-Spengler

ab TOP 10

Herr Eckhard Hild

Frau Renate Hucke

Herr Hans Georg Vierheller

Frau Birgit zum Winkel

Schriftführer/in

Herr Rudolf Dahinten

von der Verwaltung

Herr Martin Bode

Herr Markus Heide

Frau Anke Hofmann

Frau Tina Opaterni

Herr Jerome Sauer

Herr Werner Steidel

Herr Johannes van Horrick

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Thomas Schaffert

Herr Lars Olaf Ullrich

Herr Frank Berg

Herr Thomas Bös

Herr Karl-Heinz Jordan

vom Magistrat

Herr Dr. Rolf Göbel

Tagesordnung:

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

- 2. Feststellung der Tagesordnung**

- 2.1. Antrag des Stadtverordneten Böhle zur Absetzung des TOP 13**

- 2.2. Antrag des Stadtverordneten Böhle zur Absetzung des TOP 14**

- 2.3. Antrag des Stadtverordneten Kreissl zur Absetzung des TOP 19**

- 3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23.05.2019**

- 4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

- 5. Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock im Rahmen des Hessesentags 2019**
1147/19

- 6. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2019 gemäß § 28 GemHVO**
1182/19

- 7. Statusbericht Projekt Entwicklung Wever Areal - Stand Juli 2019**
1174/19

- 8. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Kreisstadt Bad Hersfeld und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg zur interkommunalen Zusammenarbeit im Vergabewesen**
1146/19

- 9. Bericht des Louis-Demme-Stadtarchivs für das erste Halbjahr 2019**
1168/19

- 10. Mitgliedschaft im Kommunalen Archivverbund Hersfeld-Rotenburg**
1169/19/1

- 11. Einführung von Kennzahlen für die Produkte des städtischen Haushalts**
1157/19

- 12. Weinfest 2020**
1170/19

- 13. Resolution auf Antrag des Stadtverordneten Jochen Kreissl betreffend Aufnahme aus Seenot geretteter Flüchtlinge**
1167/19

- 14. Resolution auf Antrag des Stadtverordneten Jochen Kreissl betreffend öffentliche Äußerungen**
1183/19

15. **Resolution der Stadtverordnetenfraktionen SPD, CDU, NBL/Grüne, FDP, UBH, FWG sowie der Stadtverordneten Kreissl und Zanger betreffend "Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben"**
1195/19
16. **Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Microplastik auf Kunstrasenplätzen**
1196/19
17. **Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Lärmschutz**
1197/19
18. **Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Sozialer Wohnungsbau**
1198/19
19. **Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Kameraüberwachung im Stiftsbezirk**
1200/19
- 19.1. **Antrag von Herrn Schülbe auf Verweis in den Ausschuss**
20. **Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion betreffend Stärkung der Bad Hersfelder Stadtteile und Ortsbezirke**
1201/19
21. **Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger für Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend "Allgemein lesbare und verständliche Haushalte schaffen"**
1199/19
22. **Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend Errichtung eines attraktiven Camping- und Wohnmobilplatzes, z.B. an der Fulda/Unterau**
1194/19
23. **Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Wieder Einrichtung der Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten**
1202/19
- 23.1. **Antrag des Stadtverordneten Böhle auf Verweis in den Ausschuss**
24. **Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Anpflanzung von 70 klimarobusten Stadtbäumen zum 70-jährigen Jubiläum der Bad Hersfelder Festspiele**
1203/19

- 25. Anfrage der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Stadtwald**
AF/0064/19
- 26. Anfrage der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Entwicklung des Kirchtorensembles**
AF/0065/19
- 27. Anfrage der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Zahlungen an die Corona Film Hamburg GmbH**
AF/0066/19
- 28. Anfrage des Stadtverordneten Jochen Kreissl betreffend Erneuerung städtischer Straßenbeleuchtung**
AF/0063/19
- 29. Beantwortung der Anfrage der Grüne/NBL-Fraktion betreffend Kameraüberwachungen im Stiftsbezirk**
AF/0060/19/1

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Seitz eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich.

Stadtverordnetenvorsteher Seitz weist darauf hin, dass durch die kurzfristige Niederlegung eines Mandates aus der SPD-Fraktion die Stadtverordnetenversammlung heute nur aus 38 Mitgliedern besteht.

Entschuldigt sind die Stadtverordneten Berg, Bös, Jordan, Schaffert und Ullrich.

Die heute tagende Stadtverordnetenversammlung ist damit beschlussfähig.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es wird festgestellt, dass die vorliegende Tagesordnung ohne TOP 14, heute behandelt wird

zu 2.1 Antrag des Stadtverordneten Böhle zur Absetzung des TOP 13

Herr Böhle stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen, da die Kreisstadt keine Zuständigkeit für die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge hat.

Herr Kreissl erwidert, dass es sich hier um eine Absichtserklärung handelt, um ein politisches Signal zu setzen.

Beschluss:

Der Tagesordnung Punkt TOP 13 wird von der Tagesordnung genommen.

Der Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion und 2 Stimmen aus der Grüne-NBL-Fraktion, gegen die Stimmen der Stadtverordneten Zanger, Kreissl und von Baumbach, bei Enthaltung 1 Stimme aus der Grüne-NBL-Fraktion beschlossen.

zu 2.2 Antrag des Stadtverordneten Böhle zur Absetzung des TOP 14

Stadtverordneter Böhle sieht für eine Rüge des Bürgermeisters keine Rechtsgrundlage und verweist auf die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtes Kassel. Herr Kreissl erwidert, dass dieser zitierte Rechtsspruch hier nicht anwendbar ist.

Beschluss:

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Für den Antrag stimmen die FDP-Fraktion, die UBH-Fraktion und die FWG-Fraktion; gegen den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, 3 Mitglieder der Grüne-NBL-Fraktion sowie die Stadtverordneten Zanger und Kreissl, der Stimme enthalten sich die CDU-Fraktion und ein Mitglied der Grüne-NBL-Fraktion.

Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

zu 2.3 Antrag des Stadtverordneten Kreissl zur Absetzung des TOP 19

Herr Kreissl begründet seinen Antrag mit der fehlenden Zuständigkeit des Stadtparlamentes.

Beschluss:

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Der Antrag wird unterstützt von zwei Mitgliedern der FDP-Fraktion und Herrn Kreissl, gegen den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, die UBH-Fraktion, 2 Mitglieder der Grüne NBL-Fraktion sowie ein Mitglied der FDP-Fraktion, der Stimme enthalten sich zwei Mitglieder der Grüne-NBL-Fraktion, zwei Mitglieder der FDP-Fraktion und ein Mitglied der FWG-Fraktion.

Der Antrag hat somit nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

zu 3 Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23.05.2019

Es liegen keine Einwendungen gegen das Protokoll vor.

zu 4 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Seitz bittet die Hessentagsbeauftragte, Frau Hofmann, und ihren Stellvertreter, Herrn Heide, vor die Stadtverordnetenversammlung zu treten. Er ehrt im Namen der Stadtverordnetenversammlung das erfolgreiche Wirken der beiden Verantwortlichen für den diesjährigen Hessentag und überreicht zum Dank gemeinsam mit dem Bürgermeister Blumensträuße. Sein Dank geht auch an die Bediensteten der Stadtverwaltung und die ungezählten ehrenamtlichen Helfer, die erst den Erfolg der Veranstaltung möglich gemacht haben.

Stadtverordnetenvorsteher Seitz regt an, dass die Stadtverordneten zum Lullusfestumzug einheitlich gekleidet sind, um ein Bild der Geschlossenheit den Bürgern zu vermitteln. Dieser Vorschlag kommt aus der Lullusfestkommission. Er schlägt vor, für dieses Jahr den Stadtverordneten vorzuschlagen, in schwarzer Hose und weißem Hemd bzw. Bluse am Umzug teilzunehmen. In den Fraktionen soll zudem beraten werden, ob man ein einheitliches Oberteil mit einem Aufdruck für diesen Anlass beschaffen möchte.

**zu 5 Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock im Rahmen des Hessentags 2019
1147/19**

Beschluss:

Von dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 23.04.2019 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 6 Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2019 gemäß § 28 GemHVO
1182/19**

Beschluss:

Der Finanz- und Risikobericht zum 31.07. bzw. 22.07.2019 werden zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 7 Statusbericht Projekt Entwicklung Wever Areal - Stand Juli 2019
1174/19**

Beschluss:

Von dem Statusbericht zum Projekt Entwicklung des Wever-Areals von Juli 2019 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 8 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der
Kreisstadt Bad Hersfeld und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg zur
interkommunalen Zusammenarbeit im Vergabewesen
1146/19**

Beschluss:

Die öffentliche-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung von Vergabeverfahren zwischen der Kreisstadt Bad Hersfeld und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg soll in der vorliegenden Form geschlossen werden.

einstimmig beschlossen

**zu 9 Bericht des Louis-Demme-Stadtarchivs für das erste Halbjahr 2019
1168/19**

Beschluss:

Von dem Bericht für das erste Halbjahr 2019 des Louis-Demme-Stadtarchivs wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 10 Mitgliedschaft im Kommunalen Archivverbund Hersfeld-Rotenburg
1169/19/1**

Beschluss:

Die Kreisstadt Bad Hersfeld stimmt der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Archivierungsaufgaben nach dem HArchivG durch das interkommunale Kreisarchiv Nordhessen im Auftrag des Kommunalen Archivbundes Hersfeld-Rotenburg“ zu und wird Mitglied des Kommunalen Archivverbundes Hersfeld-Rotenburg für zunächst fünf Jahre.

einstimmig beschlossen

**zu 11 Einführung von Kennzahlen für die Produkte des städtischen Haushalts
1157/19**

Beschluss:

Von dem Bericht des Fachbereiches Ziel- und Kennzahlenmanagement wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 12 Weinfest 2020
1170/19**

Beschluss:

Das Weinfest wird ab dem Jahr 2020 vom Theodor-Heuss-Platz in den Stiftsbezirk verlegt.

mehrheitlich beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Grüne-NBL-Fraktion der UBH-Fraktion, der FWG-Fraktion und zwei Stimmen der FDP-Fraktion, bei zwei Gegenstimmen aus der FDP-Fraktion.

**zu 13 Resolution auf Antrag des Stadtverordneten Jochen Kreissl betreffend Aufnahme aus Seenot geretteter Flüchtlinge
1167/19**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kreisstadt Bad Hersfeld erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen.

TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt

**zu 14 Resolution auf Antrag des Stadtverordneten Jochen Kreissl betreffend öffentliche Äußerungen
1183/19**

Herr Finke stellt einen Änderungsantrag, der im Nachgang vom Antragsteller übernommen wird. Der geänderte Resolutionstext lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung rügt die untenstehenden Äußerungen des Bürgermeisters Thomas Fehling in dessen Facebook-Account.

Nach einer Sitzungsunterbrechung erklärt der Bürgermeister, dass er sich für die Wortwahl entschuldigt und erläutert, warum er sich einer Presse-Kampagne ausgesetzt sieht und dass die lokale Zeitung zu seinem Nachteil ungenau recherchiert. Zu-

dem wirft er dem Ersten Stadtrat vor, dass dieser im Rahmen des Hessentages unautorisiert Interviews gegeben habe.

Er erteilt dem Ersten Stadtrat das Recht, seine Sichtweise vor der Stadtverordnetenversammlung vorzutragen. Der Stadtverordnetenvorsteher erteilt ihm das Wort. Herr Grimm erläutert, dass er zu Sicherheitsfragen der Presse Auskunft gegeben habe. Dieser Bereich war ihm ausdrücklich zugewiesen worden. Somit habe er allein aus der Sachkunde heraus, auch gegenüber der Öffentlichkeit, Rede und Antwort gestanden. Er teilt die Auffassung des Bürgermeisters nicht.

Beschluss:

vom Antragsteller zurückgezogen

zu 15 Resolution der Stadtverordnetenfraktionen SPD, CDU, NBL/Grüne, FDP, UBH, FWG sowie der Stadtverordneten Kreissl und Zanger betreffend "Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben" 1195/19

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld beschließt folgende Resolution:

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie
Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

***„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt,
wird blind für die Gegenwart.***

***Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will,
der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“***

Richard von Weizsäcker

- 1.) Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.
- 2.) Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminali-

- siert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.
- 3.) Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.
 - 4.) Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.
 - 5.) Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.
 - 6.) Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden. Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

einstimmig beschlossen

**zu 16 Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Microplastik auf Kunstrasenplätzen
1196/19**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kommunalen Spitzenverbände sollen über ihre Vertretungsorgane in Brüssel auf die Kommission einwirken, die bislang vorgesehene Frist der Austragung von Granulat auf Sportplätzen und Kunstrasenanlagen deutlich über das Jahr 2022 zu verlängern. Außerdem ist eine Übergangsfrist vorzusehen. Der Magistrat wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Hessische Landesregierung die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt. Außerdem wird der Magistrat beauftragt, die Vereine und die Öffentlichkeit über das Gefährdungspotenzial zu informieren (sofern nicht schon geschehen) und Verfahrensweisen aufzuzeigen, mit welcher Technik die Verbreitung von Microplastik auf Bestandsrasen verringert bzw. welche Technik bei Sanierungsmaßnahmen bzw. Neuplanungen angewendet werden kann.

mehrheitlich beschlossen

Beschlossen mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der UBH-Fraktion, der FWG-Fraktion, zwei Stimmen der Grüne-NBL-Fraktion und Herrn Zanger, bei Gegenstimme durch Herrn Kreissl.

zu 17 Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Lärmschutz 1197/19

Herr Dr. Faßhauer erläutert den Antrag.

Herr Richter stellt einen Ergänzungsantrag mit dem Wortlaut:

1. Die Erhebung von Verkehrslärm und Verkehrsart um die Aufnahme von weiteren Umweltdaten wie Luftfeuchtigkeit, Temperatur, Feinstaub, Belichtung, UV-Strahlung, Luftdruck und Dieselabgase zu ergänzen.
2. Diese Daten sollen mittels einer Smartbox realisiert werden.
3. Der Aufwand in Höhe von ca. 1.000 € pro Box soll mit Mitteln aus dem Produkt Smart-City gedeckt werden.
4. Die Boxen sollen flächendeckend, aber mindestens pro Stadtteil und Ortsbezirk eine und entlang der Bundesstraße 324 bis zur Kreuzung B62/B27 (Picasso-Kreuzung) eingesetzt werden.

Herr Schülbe stellt den Ergänzungsantrag:

Die Messung des Verkehrslärms auf der B27 zwischen der Firma Schade und der LOMO-Kreuzung.

Zudem bittet er darum, dass der Bürgermeister sich bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde dafür einsetzt, dass zwischen LOMO-Kreuzung und Autobahnauffahrt wieder Tempo 50 eingerichtet wird.

Herr Rey stellt den Ergänzungsantrag auch die Friedloser Straße in die Messungen mit einzubeziehen.

Die antragstellende SPD-Fraktion übernimmt die Ergänzungsanträge.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Bis zur Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2019 an verschiedenen Standorten in Sorga, der Friedloser Straße, der B 27 zwischen der Firma Schade bis zur LOMO-Kreuzung und der Homberger Straße/Kalkobes eine Messung des Verkehrslärms und der Verkehrsart sowie von weiteren Umweltdaten wie Luftfeuchtigkeit, Temperatur, Feinstaub, Belichtung, UV-Strahlung, Luftdruck und Dieselabgase über einen Zeitraum von mindestens drei Wochen (und dabei insbesondere Nachts und auch Sonntags) durchzuführen (über Messsäulen oder Aufnahmestationen in Zusammenarbeit mit einem zertifizierten Dienstleister wie in Asbach 2017)

2. Zudem sollen dauerhaft diese Daten mittels Smartboxen realisiert werden. Die Boxen sollen flächendeckend, aber mindestens pro Stadtteil und Ortsbezirk eine und entlang der Bundesstraße 324 bis zur Kreuzung B 62/B 27 (Picasso-Kreuzung) eingesetzt werden. Der Aufwand in Höhe von ca. 1.000 Euro pro Box soll mit den Mitteln aus dem Produkt Smart-City gedeckt werden.

einstimmig beschlossen in der geänderten Fassung

zu 18 Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Sozialer Wohnungsbau 1198/19

Herr Vollmar begründet den Antrag und ändert den Beschlussvorschlag in einen Verweis in den zuständigen Fachausschuss.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt weiter beraten.

verwiesen in Ausschuss

zu 19 Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Kameraüberwachung im Stiftsbezirk 1200/19

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die in den Laternenmasten innerhalb des Stiftsbezirkes installierte Technik zur Videoüberwachung umgehend entfernen zu lassen.

mehrheitlich beschlossen

Für den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, die Grüne-NBL-Fraktion und der Stadtverordnete Zanger, gegen den Antrag stimmen die FDP-Fraktion und jeweils zwei Mitglieder der UBH-Fraktion und der FWG-Fraktion, der Stimme enthalten sich zwei Mitglieder der UBH-Fraktion und der Stadtverordnete Kreissl.

zu 19.1 Antrag von Herrn Schülbe auf Verweis in den Ausschuss

Beschluss:

Herr Schülbe stellt den Antrag auf Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung.

Für die Verweisung stimmen die UBH-Fraktion und die FWG-Fraktion, gegen den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, die Grüne-NBL-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Stadtverordneten Kreissl und Zanger.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**zu 20 Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion betreffend Stärkung der
Bad Hersfelder Stadtteile und Ortsbezirke
1201/19**

Herr Böhle begründet den Antrag und ändert den Beschlussvorschlag in einen Verweis in den zuständigen Fachausschuss.

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird im Ausschuss für Bildung und Kultur weiter beraten.

verwiesen in Ausschuss

Für den Antrag stimmen alle Fraktionen und der Stadtverordnete Zanger, gegen den Antrag stimmte der Stadtverordnete Kreissl.

**zu 21 Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) be-
treffend Errichtung eines attraktiven Camping- und Wohnmobilplat-
zes, z.B. an der Fulda/Unterau
Vorlage: 1194/19**

Herr Schülbe erläutert den Antrag. Herr Lenz stellt den Änderungsantrag, den Sachverhalt zunächst im zuständigen Fachausschuss weiter zu erörtern.

Bürgermeister Fehling verweist auf einen Workshop zu diesem Thema am 23.09. um 14.30 Uhr, er bittet darum dass die Fraktionen an diesem Workshop teilnehmen.

Die antragstellende Fraktion übernimmt den Änderungsantrag des Stadtverordneten Lenz.

Beschluss:

Der Antrag der UBH-Fraktion wird im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt weiter beraten.

verwiesen in Ausschuss

**zu 22 Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger für Bad Hersfeld (U.B.H.)
betreffend "Allgemein lesbare und verständliche Haushalte schaffen"
Vorlage: 1199/19**

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Beschluss:

zurückgezogen

**zu 23 Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Wieder-
einrichtung der Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten
1202/19**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2020 die Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten wieder einzurichten.

Der Magistrat wird außerdem beauftragt dazu Fördermittel aus der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums zu beantragen.

einstimmig beschlossen

bei Enthaltung von drei Mitgliedern der FDP-Fraktion.

zu 23.1 Antrag des Stadtverordneten Böhle auf Verweis in den Ausschuss

Herr Böhle stellt den Antrag den Sachverhalt zunächst im Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen der Mittelplanungen für 2020 zu erörtern.

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

mehrheitlich abgelehnt

Für den Antrag stimmte die FDP-Fraktion und die UBH-Fraktion, gegen den Antrag stimmten die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, die Grüne-NBL-Fraktion, die FWG-Fraktion sowie die Stadtverordneten Zanger und Kreissl.

**zu 24 Antrag der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Anpflanzung von 70 klimarobusten Stadtbäumen zum 70-jährigen Jubiläum der Bad Hersfelder Festspiele
1203/19**

Herr Sippel erläutert den Antrag. Herr Böhle stellt den Änderungsantrag, den Sachverhalt zunächst im zuständigen Fachausschuss weiter zu erörtern.

Die antragstellende Fraktion übernimmt den Änderungsantrag des Stadtverordneten Böhle.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt weiter beraten.

verwiesen in Ausschuss

zu 25 **Anfrage der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Stadtwald
AF/0064/19**

Beschluss:
verwiesen in Magistrat

zu 26 **Anfrage der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Entwicklung
des Kirchtorenensembles
AF/0065/19**

Beschluss:
verwiesen in Magistrat

zu 27 **Anfrage der Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion betreffend Zahlun-
gen an die Corona Film Hamburg GmbH
AF/0066/19**

Beschluss:
verwiesen in Magistrat

zu 28 **Anfrage des Stadtverordneten Jochen Kreissl betreffend Erneuerung
städtischer Straßenbeleuchtung
AF/0063/19**

Beschluss:
verwiesen in Magistrat

zu 29 **Beantwortung der Anfrage der Grüne/NBL-Fraktion betreffend Kame-
räüberwachungen im Stiftsbezirk
AF/0060/19/1**

Beschluss:
Die Beantwortung der Anfrage wird festgestellt.

Beantwortung erledigt

gez. Lothar Seitz
Stadtverordnetenvorsteher

gez. Rudolf Dahinten
Protokollführer